

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 22 (1981)
Heft: 9

Artikel: Fazit Bonner Ostpolitik : die westliche Verzichtpolitik gegenüber der Sowjetunion an einem Hauptbeispiel
Autor: Stadtmüller, Georg
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1094445>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die westliche Verzichtspolitik gegenüber der Sowjetunion an einem Hauptbeispiel

Fazit Bonner Ostpolitik

Eine kritische Untersuchung
von Georg Stadtmüller, München

Als «ostpolitischer Durchbruch» wurde vor zehn Jahren in unserm nördlichen Nachbarland der Vertrag BRD-UdSSR empfunden; er war kurz zuvor von Brandt und Kossygin unterzeichnet worden, und bald darauf sollte er ratifiziert werden. Die berühmten Ostverträge (auch das Vertragswerk mit Polen gehört dazu) sind heute ein Teil jener Realitäten, die man damals anerkennen wollte. Was haben sie genützt, und wem haben sie genützt? Prof. Stadtmüller zieht hier Bilanz. Aber die Symptome, die er dabei aufdeckt, beschränken sich keineswegs auf Deutschland allein. Sie kennzeichnen vielmehr eine ganze Dekade westlicher Ostpolitik überhaupt, bei der es nach dem Motto ging: Wenn wir uns in der Entspannung bewähren wollen, dürfen wir unserm sowjetischen Partner das Vertrauen nicht bloss deshalb entziehen, weil er uns übers Ohr haut. Denn nichts anderes bedeutet die noch heute propagierte Meinung, dass es keine Alternative zur Entspannung gebe. In sowjetischer Sicht dienen internationale Verträge mit dem klassenfeindlichen Lager dazu, die unumgängliche Liquidierung des Feindes zeitgerecht vorzubereiten. Wenn man den Delinquenten entwaffnet hat, kann man ihn dann auch hängen.

I. Die Entstehung der Ostverträge

Seit der Entstehung des sowjetischen Imperiums zielt dieses auf die schrittweise Unterwühlung und Unterwerfung der übrigen Welt, insbesondere des westlichen Europa. Dieses Ziel wird von Moskau seit sechs Jahrzehnten offen verkündet, freilich mit der ideologischen Begründung, es gehe im Dienste der Weltrevolution darum, das unterdrückte und ausgebeutete Proletariat vom Kapitalismus und Imperialismus zu befreien, und mit der lautstarken Verkündung, dass der sowjetische Sieg in diesem weltweiten Kampf von vornherein sicher sei, weil durch die ehernen Gesetzmäßigkeiten des «Geschichtsprozesses» determiniert.

Nicht von dieser Tatsache ist die auf einer Koalition von SPD und FDP beruhende Bonner Regierung ausgegangen, als sie sofort nach ihrer Bildung eine «neue Ostpolitik» versprach. Ihr Ausgangspunkt war vielmehr die neue Zielvorstellung einer «Wandlung durch Annäherung». So kam es zu dem unter Zeitdruck überstürzt betriebenen Versuch der Regierung Brandt-Scheel, durch neue Verträge eine «Entspannung» — was immer man auch darunter verstehen mag — herbeizuführen.

Verhandlung und Abschluss der «neuen Ostverträge» (1969—1972) waren von Anfang an durch schwere diplomatische Kunstfehler belastet.

Der neue Bundeskanzler Brandt hatte bereits am 28. Oktober 1969 in seiner Regierungserklärung nicht mehr von zwei Teilen Deutschlands, sondern von «zwei deutschen Staaten» gesprochen, womit stillschweigend eine von Moskau seit zwei Jahrzehnten verfochtene Forderung erfüllt wurde.

Durch diese Erklärung wurde der «DDR» die bisher von Bonn stets verweigerte Anerkennung gewährt, und zwar ohne Bedingung und Gegenleistung. Damit wurde eine Rechtsposition geräumt, für die in den angestrebten ostpolitischen Verhandlungen sicherlich ein hoher Gegenpreis von Moskau zu erreichen gewesen wäre.

Diesem fundamentalen Fehler folgten andere. Bei den im Winter 1969/70 geführten Verhandlungen wurde der deutsche Botschafter in Moskau, der erfahrene Diplomat Hellmut Allardt, völlig, der formelle Aussenminister (Walter Scheel) grossenteils ausgeschaltet. Initiative und Entscheidung lagen bei Brandt und Bahr. Die Verhandlungen lagen fast völlig in der Hand von Egon Bahr, der für eine solch schwierige Aufgabe keinerlei Lebenserfahrung mitbrachte, es aber verstand, via facti eine Art Aussenminister zu spielen.

Bei diesem Vorgehen handelte die Bonner Regierung unter Zeitdruck, da sie der irrigen Meinung war, ein rascher Vertragsabschluss würde in der deutschen Bevölkerung einen mächtigen Sog der politischen Zustimmung auslösen. So kamen übereilte Verträge zustande, die zweideutige und dadurch für die Zukunft gefährliche Formulierungen und Formelkompromisse enthielten.

Der Bundestag wurde über den Gang der Verhandlungen nur unzulänglich, ja irreführend unterrichtet. Es wurden ihm nicht nur wichtige Informationen vorenthalten, sondern er wurde auch vorsätzlich über die beabsichtigten Vorleistungen an die sowjetische Politik zunächst getäuscht.

Insgesamt muss man also über das Zustande-

kommen dieser Ostverträge feststellen: sie wurden schlecht vorbereitet, zweideutig formuliert, überstürzt abgeschlossen.

Zudem haben bei der leidenschaftlich umkämpften Ratifizierung der Ostverträge (1972) in Bonn Machinationen, wie Stimmenkauf, eine undurchsichtige Rolle gespielt.

Die Klärung des nur in dunklen Umrissen sichtbaren Korruptionssumpfes durch den dazu bestellten parlamentarischen Untersuchungsausschuss wurde durch die Mehrheit (SPD, FDP) unter Zuhilfenahme formaler Praktiken verhindert (u. a. wurde der frühere CDU-Bundestagsabgeordnete Julius Steiner, der geständig war, seine Stimme für 50 000 DM verkauft zu haben, nicht zur Vereidigung zugelassen, womit man eine gefährliche Zeugenaussage unschädlich machte).

Durch diese Ostverträge hat Moskau die Ziele seiner Westpolitik, wie sie bereits deutlich in der Karlsbader Erklärung der Kommunistischen Parteien von 1967 formuliert worden war, weitgehend erreicht, also vor allem die vertragsrechtliche Anerkennung seiner durch den Ausgang des Zweiten Weltkrieges ermöglichten Annexionen. Bonn hat dafür nichts bekommen als die schönklingende Zusicherung einer juristisch nicht fassbaren «Entspannung».

Bahrs nebulöse Verheissung einer «Wandlung durch Annäherung» ging nicht in Erfüllung. An deren Stelle trat seitdem im sowjetischen Imperium und seinen Satellitenstaaten eine Verhärtung des «realen Sozialismus», also die Abgrenzung nach aussen und die Verschärfung der Unfreiheit nach innen.

Zu recht hat damals der alte spanische Liberale Salvador de Madariaga seine Betrachtung über das Fazit der Ostverträge und der «neuen Ostpolitik» als «Thanks for nothing» bezeichnet.

II. Die politische Auswirkung der Ostverträge

Aus der nicht eindeutigen Formulierung der Vertragstexte ergab sich in den folgenden Jahren die Möglichkeit einer widersprüchlich doppelten Auslegung: In Bonn betonte man den Gewaltverzicht, während die sowjetische Regierung als den wesentlichen Rechtsinhalt der Verträge die Bestätigung der durch den Zweiten Weltkrieg neugeschaffenen Grenzen, also in der Sicherung der riesigen Annexion sah und sieht.

Ermutigt durch diesen in den «Ostverträgen» erregenen Erfolg hat dann Moskau versucht, die 1975 in Helsinki zusammentretende «Konferenz

über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa» (KSZE) in ein Tribunal über das des Revanchismus verdächtige Westdeutschland zu verwandeln. Dieser Versuch wurde jedoch — vor allem durch das entschiedene Auftreten der Neutralen — vereitelt. Moskau musste sogar in «Korb III» der Schlussakte von Helsinki die Gewährung von freien Menschenrechten und Bürgerrechten für seinen Machtbereich zusichern. Es hat freilich auch diese Zusicherung nicht gehalten.

III. Die wirtschaftliche Bilanz der «neuen Ostpolitik»

Eine Bilanz über die wirtschaftliche Auswirkung der «neuen Ostpolitik» muss ausgehen von der Feststellung einiger fundamentaler Tatsachen, die überhaupt nicht strittig sind, die also in gleicher Weise von den Befürwortern wie von den Gegnern der sogenannten «Entspannungspolitik» anerkannt werden.

Dies sind vor allem die folgenden:

1. Die Wirtschaftskraft des sowjetischen Imperiums und der von ihm abhängigen Länder bleibt weiterhin sehr beträchtlich hinter der Wirtschaftskraft der westlichen und fernöstlichen Industrieländer (Japan, Südkorea, Taiwan, Hongkong, Singapur) zurück.
2. Dieser Rückstand ist während des vergangenen Jahrzehnts nicht kleiner, sondern grösser geworden und wird in der vor uns liegenden Zeit weiterwachsen. Die seit Jahrzehnten wiederholte Verheissung, die sozialistische Planwirtschaft werde durch ihre innere Überlegenheit die Wirtschaftskraft der «kapitalistischen» Welt einholen und überholen, ist durch die Tatsachen widerlegt worden.
3. Der Grund für diesen andauernden und noch weiter wachsenden Rückstand liegt ausschliesslich im Wesen einer zentralgelenkten Planwirtschaft. Diese ist plumper, schwerfälliger und daher unproduktiver als die Marktwirtschaft, die infolge ihrer Flexibilität die raschere Anpassung an die stets rasch wechselnde Nachfrage und die höhere Produktivität ermöglicht.
4. Die Schwäche des planwirtschaftlichen Sys-

tems, das die persönliche Initiative behindert und dadurch die in einer freien Wirtschaft selbstverständlichen Innovationen verzögert, wird zu einem beträchtlichen Teil durch die westliche Wirtschaftshilfe ausgeglichen.

*

Die politische Uneinigkeit der westlichen Staatenwelt hat es der sowjetischen Aussenhandelspolitik, die über das wirksame Instrument des staatlichen Aussenhandelsmonopols verfügt, ermöglicht, durch geschickte Ausnutzung der Konkurrenz zwischen den einzelnen westlichen Industrienationen sich vom Westen laufende wirtschaftliche Hilfe in Form von Lieferungen, Kredit und Technologie-Transfer (know-how) zu verschaffen, um auf diese Weise die Schwerfälligkeit des sowjetischen planwirtschaftlichen Systems, die technologische Rückständigkeit und den ewigen Getreidemangel teilweise auszugleichen.

Die westlichen Lieferungen und Kredite haben auf indirektem Wege bei der Beschleunigung und Verstärkung der gewaltigen sowjetischen Rüstung wesentlich mitgeholfen.

Während Japan in richtiger Einschätzung von Moskaus Expansionspolitik sich mit Wirtschaftshilfe zurückhielt, wurde dank der von den westlichen Industrienationen gewährten Wirtschaftshilfe die sowjetische Militärmacht in diesem Jahrzehnt in die Lage versetzt, eine bis dahin nicht für möglich gehaltene Hochrüstung — zu Lande, zu Wasser und in der Luft — durchzuführen.

Insbesondere wurde dadurch überhaupt erst die Schaffung einer Hochseeflottenflotte möglich. Sie ist mittlerweile zu einem Instrument geworden, das im Ernstfall die Lebenslinien der westlichen und fernöstlichen Industrienationen bedrohen könnte, sicher im Nordatlantik, aber mit Erfolgsaussichten auch in den japanisch-chinesischen Gewässern und im Indischen Ozean. Im Hinblick auf die Öl- und Rohstoffabhängigkeit dieser Industrienationen muss eine solche Möglichkeit als lebensgefährliche Perspektive betrachtet werden.

Die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen den westlichen Industriestaaten und dem Sowjetblock bietet dem kritischen Betrachter das Bild einer «parasitären Symbiose», wobei der Sowjetblock die Rolle des «Parasiten» spielen kann, der sich einen grossen Teil seiner «Nahrung» aus dem Westen holt.

Das eindrucksvollste Beispiel solcher «parasitären Symbiose» ist die für die Sowjetunion seit Jahrzehnten notwendige Getreideeinfuhr. Während das vorsowjetische Russland der Zarenzeit stets einen grossen Getreideüberschuss nach dem Westen ausführen konnte, hat dieses Verhältnis sich infolge der sowjetischen Planwirtschaft umgekehrt. Die Sowjetunion ist ständig genötigt, Getreide aus den westlichen Ueberflussländern einzuführen: vor allem aus den USA, aber auch aus Kanada, Australien, Argentinien.

In Auswirkung der westlichen «Entspannungspolitik» bietet also das Fazit der westlichen Handelsbeziehungen mit dem Sowjetblock ein deprimierendes Bild.

Obwohl der Westen weiss, dass die Sowjetmacht gemäss den von Moskau stets wiederholten Erklärungen das Ziel verfolgt, die freie Lebensform des Westens zu vernichten und die Staaten Westeuropas in politische Abhängigkeit zu bringen, fährt dieser Westen in selbstmörderischer Kurzsichtigkeit fort, dem Sowjetblock eine riesige laufende Wirtschaftshilfe zu gewähren (insgesamt bisher rund 150 Mrd. DM), deren künftige Rückzahlung sehr fraglich ist, die aber mit Sicherheit vor allem dazu gedient hat und dient, die weitere Aufrüstung der sowjetischen Militärmacht zu fördern.

*

Man kann also der Erkenntnis nicht ausweichen:

Im Zeichen der angeblichen Entspannung hat der Westen seine eigene militärische Gefährdung finanziert.

Seit Jahren ist klageworden, dass die «Entspannung», die von der Bonner Regierung als Beginn eines neuen Zeitalters gepriesen wurde, sich einseitig zugunsten Moskaus und seiner Satelliten ausgewirkt hat.

Anlagehefte 4 1/2 %
Kassa-Obligationen 6 1/4 %

Anlageplus

CITY BANK

**Mehr Zins - Mehr Sicherheit.
Die Formel für den klugen Anleger.**

<p>Coupon</p> <p>Bitte senden Sie mir Ihre Unterlagen über Anlageplus.</p>	<p>Name _____ Vorname _____</p> <p>Strasse _____</p> <p>PLZ/Ort _____</p> <p>Einsenden an City Bank, Talstrasse 58, 8021 Zürich, Telefon 01 211 76 11</p>
---	---

(Die City Bank gehört zur Gruppe der Schweizerischen Kreditanstalt)

IV. Der Scherbenhaufen der Bonner «Entspannungspolitik»

Mit westlicher Hilfe konnte Moskau seinen Aufrüstungsvorsprung steigern und durch «Stellvertreterkriege» in Afrika und Südostasien sich neue Herrschafts- und Einflussgebiete erschliessen. An der von den westlichen Industriestaaten und Japan geleisteten Entwicklungshilfe hat es sich nicht beteiligt, stattdessen hat es durch riesige Waffenlieferungen bestehende Konfliktherde ausgedehnt und neue Konfliktherde geschaffen.

Angesichts dieser Tatsachen drängt sich seit Jahren die Feststellung auf, dass eine wirkliche politische Entspannung nicht eingetreten ist. Schon 1976 hat der amerikanische Präsident Ford mit nüchternen Worten die Schlussfolgerung ausgesprochen, dass die vom Westen erhoffte «détente» leider nicht eingetreten ist. In ähnlicher Weise haben sich andere amerikanische Politiker geäussert: Carter, Nixon, Schlesinger, Kissinger; in den härtesten Worten hat dies dann Ronald Reagan ausgesprochen.

Mittlerweile ist diese Einsicht zur Binsenwahrheit geworden.

Tageszeitungen und Rundfunk sind voll davon. Dafür einige Beispiele aus allerjüngster Zeit: Schon am 15. Oktober 1980 erklärte im ZDF Wolfgang Leonhard, nach allgemeinem Urteil einer der international besten Kenner der sowjetischen Probleme, dass die Erwartungen der deutschen und westlichen «Entspannungspolitik» nicht in Erfüllung gegangen sind, dass vielmehr von dieser Politik nur noch ein «Scherbenhaufen» übriggeblieben ist. Um dieselbe Zeit stellte im Strassburger Europa-Parlament der ehemalige italienische Ministerpräsident Rumor fest, dass von der Schlussakte der KSZE-Konferenz zu Helsinki grossenteils «nur leeres Papier» geblieben ist.

Und in demselben Oktober setzte sich der SED-Chef Honecker als Sprachrohr Moskaus kalt-schnäuzig über Buchstaben und Geist der mit Bonn getroffenen Vereinbarungen hinweg. Eine grosse italienische Zeitung («La nazione», Florenz) schrieb dazu: «Die Absicht Schmidts, nichts zu dramatisieren, ist klar, um nicht zugeben zu müssen, dass die Ereignisse den von Strauss im Wahlkampf vorhergesagten Gang genommen haben.»

Was nun? Die Bonner Erfinder und Verfechter der angeblichen Entspannungspolitik müssen zur Rechtfertigung eine neue Phraseologie erfinden. Einige wollen noch immer so tun, als sei nichts geschehen, und zwar mit der Behauptung, es gäbe keine Alternative zu dem, was die Brandt, Bahr und Wehner als angebliche «Entspannungspolitik» in die Welt gesetzt haben. So hat noch vor Weihnachten 1980 Peter Glotz, ehemals Lobredner der als «Reformen» bezeichneten bildungspolitischen Wahnideen der späten 60er Jahre, dann «Wissenschaftssenator» in Berlin, jetzt Bundesgeschäftsführer der SPD, allen Ernstes behauptet: «Ein von rechts — also von Thatcher, Strauss und Chirac — geführtes Westeuropa bedeutet de facto die Stabilisierung der sowjetischen Hegemonie in Osteuropa.»

Wer aus eigener Erfahrung und wissenschaftlicher Beschäftigung die wirklichen Verhältnisse in den Ländern des «realen Sozialismus» kennt,

weiss, dass die Bevölkerung in den moskauhörigen Satellitenstaaten durch die Ostverträge und ihre Folgen nichts wesentliches an realer Freiheit gewonnen hat, vielmehr in ihrem nationalen und kulturellen Freiheitswillen tief entmutigt worden ist. Die sowjetische Hegemonie ist durch die «Ostverträge» bestätigt worden.

Sehr erhellend und eindeutig ist in diesem Zusammenhang der Widerhall, den die jüngsten deutschen Ereignisse in Moskau gefunden haben. Seit mehr als einem Jahrzehnt hatte Moskau, das durch den Druck seiner Expansionspolitik überhaupt erst die Spannung in Europa verursacht hat, durch seine Agitation der westlichen Welt das Schlagwort eingehämmert, für die «Entspannung» gebe es keine Alternative. Nachdem nun die vor allem auch von Moskau initiierte und geführte Diffamierungskampagne gegen Franz Joseph Strauss Erfolg gehabt hatte, verfehlte die

sowjetische Presse nicht ihre Genugtuung darüber. Der Wahlsieg der liberal-sozialistischen Regierungskoalition am 5. Oktober 1980 wurde in Moskau mit beträchtlicher Freude als Sieg der «Entspannung» begrüsst.

Im Zeichen des Täuschungsetiketts «Entspannung» schien die Weiterführung der sowjetischen Westpolitik gesichert. Und die Hoffnung auf eine schrittweise «Finnlandisierung» Europas wächst. Sie richtet sich vor allem gegen Westdeutschland. In klarer Abgrenzung zu solchen Illusionen hat sich schon im Juni 1980 ein so kenntnisreicher und kritischer Mann wie der frühere amerikanische Aussenminister Henry Kissinger geäussert. Er erklärte bei seinem Besuch in Berlin, angesichts der Zuspitzung der Weltsituation sei ein Wiederaufleben des Kalten Krieges unvermeidlich, wenn keine diplomatische Lösung für die Weltkrise gefunden werden könne. «Détente ist nur die Beschreibung eines bestimmten Zustandes zwischenstaatlicher Beziehungen. Darüber hinausgehende Interpretationen gehören in den Bereich der Illusionen.» Jedenfalls dürfe das Konzept einer «Détente» nicht als ein Prinzip oder als eine Art Grundhaltung betrachtet werden.

V. Perspektiven der sowjetischen Expansionspolitik

Trotzdem sieht die weltpolitische Zukunft auch für die sowjetische Militärmacht und für ihre weltrevolutionären Zielsetzungen auf lange Sicht nicht unbedingt positiv aus.

Die grösste Sorge zeichnet sich im Fernen Osten ab: die heranwachsende Riesenmacht China, der jetzt auch das gewaltige technische und wirtschaftliche Potential Japans zur Verfügung steht. Und in Japan sehen wir die Anfänge einer Aufrüstung, vor allem zur See, um die lebenswichtigen Seeverbindungen mit den Rohstoffgebieten Südostasiens und den Oelländern am Persischen Golf gegen eine Bedrohung durch die sowjetische Fernostflotte zu schützen.

Dazu kommt der Nachrüstungsbeschluss der Nato, wodurch etwa bis Mitte der 80er Jahre wieder das militärische Gleichgewicht in Europa hergestellt sein wird. Auch im Nahen Osten bleibt Moskaus Position fragwürdig. Der sowjetische Einmarsch in Afghanistan hat nun auch Argwohn und Feindschaft der islamischen Länder geweckt.

Angesichts dieser Verschiebung der weltpolitischen Gewichte und ihrer militärischen Auswirkungen wird freilich von manchen eine düstere Möglichkeit nicht ausgeschlossen: in Moskau

könnte der verhängnisvolle Entschluss gefasst werden, während der nächsten 3 bis 5 Jahre, solange das sowjetische Imperium noch seine gewisse militärische Ueberlegenheit besitzt, durch einen Präventivkrieg den Ring der angeblichen «Einkreisung» zu sprengen.

Der frühere amerikanische Präsident Nixon hat dazu in jüngster Zeit sehr realistische Ausführungen gemacht, die in Europa grösste Beachtung verdienen. Auch er stellt fest, dass die militärische Ueberlegenheit Moskaus, die sich bis 1985 abzeichne, für die jüngere sowjetische Führungsschicht, die nicht mehr die Schrecken des vergangenen Krieges selbst erlebt habe, die Versuchung bedeuten könne, noch entschiedener auf die Strategie des Sieges zu setzen.

*

Der Historiker fühlt sich verpflichtet, zu solchen Ueberlegungen eine aus der geschichtlichen Erfahrung stammende Feststellung zu machen, die freilich nicht als billiger «Trost» gedacht ist: Im Verlaufe der letzten Jahrzehnte konnten wir beobachten, dass die auf lange Fristen angelegte militärische Expansionspolitik Moskaus sich eines durchaus vorsichtigen und berechnenden Vor-

STEIGER
DRUCK AG
BERN



Moserstrasse 31
3014 Bern
Telefon 031 41 27 75

... Steiger druckt's

gehens bedient, das jedes schwere Risiko vermeidet. Daher erscheint ein Entschluss Moskaus zu einem grossen Präventivkrieg nicht wahrscheinlich, solange die vom Westen bekundete Abwehrbereitschaft der Nato glaubwürdig bleibt. Vielmehr wird es weiterhin das Ziel Moskaus sein, durch das propagandistische Wortgetöse von der angeblichen «Entspannung» die Wachsamkeit des Westens so einzuschläfern, dass er schrittweise seine Verteidigung abbaut, so dass er dann durch das militärische Uebergewicht des Sowjetblocks politisch erpresst und ohne das Risiko des grossen Krieges in die Abhängigkeit von Moskau hinabgezwungen werden kann.

Zunächst hat sich die sowjetische Expansion in Asien und Afrika zugewandt. Die hauptsächlichliche Stossrichtung zielt seit vielen Jahren unverkennbar nach dem Nahen und Mittleren Osten, wobei Syrien, Südjemen, Afghanistan als brauchbare Sprungbretter dienen. Das grosse Ziel sind die Oelländer um den Persischen Golf und die noch nicht beherrschten Länder Afrikas mit ihren gewaltigen Rohstoffvorkommen.

*

Dieses Ziel der weltweiten sowjetischen Expansionspolitik wurde schon vor Jahren von Breschnew ganz klar ausgesprochen. Als Somalia noch eng mit Moskau zusammenarbeitete, sagte Breschnew dem somalischen Präsidenten Siad Barre im vertraulichen Gespräch:

«Unser Ziel lautet, die Kontrolle über die beiden grossen Schatzkammern zu gewinnen, von denen der Westen abhängig ist: die Energieschatzkammer am Persischen Golf und die Mineralschatzkammer im mittleren und südlichen Afrika.»

Beiden Zielen ist die sowjetische Expansionspolitik einen grossen Schritt nähergekommen. Die unentschlossene Aussenpolitik der USA unter Präsident Carter wurde dazu ausgenützt, die Vorrangstellung der USA im Iran durch den von Moskau geförderten Sturz des Schah (1978) auszuscheiden und dann das strategisch wichtige Zwischenland Afghanistan militärisch zu beset-

zen. Der hartnäckige Widerstand des afghanischen Volkes gegen die militärische Uebermacht der sowjetischen Besatzungsarmee hat den weiteren sowjetischen Ausgriff, der unverkennbar durch Belutschistan an den Indischen Ozean zielt, zunächst zum Stehen gebracht.

In Afrika hat diese sowjetische Expansionspolitik während der Präsidentschaft Carter besonders grosse Fortschritte gemacht. Mit Hilfe kubanischer Truppen wurde in Aethiopien nach dem Sturz des Negus und in den ehemaligen portugiesischen Kolonialgebieten Angola und Mozambique feste sowjetische Positionen gewonnen. In jüngster Zeit kam dazu der wachsende Einfluss in Libyen, das mit sowjetischer Unterstützung seine Macht nach Zentralafrika vorschiebt.

*

Dies ist die weltpolitische Lage, die der neue amerikanische Präsident Ronald Reagan bei seinem Amtsantritt im Januar 1981 vorfand.

In den Worten und Entschlüssen des Präsidenten und seiner Mitarbeiter, unter denen vor allem Aussenminister Haig, Verteidigungsminister Weinberger und Sicherheitsberater Allen genannt werden müssen, wird eine politische Wende sichtbar, die sich schon nach wenigen Monaten auswirken beginnt.

Der neue Präsident Reagan und sein Aussenminister Haig haben sofort sehr eindeutig die Entschlossenheit bekundet, der weiteren Expansion sowjetischer Macht in aller Welt entgegenzutreten, durch ausreichende Verstärkung der eigenen militärischen Macht die Versäumnisse der vorhergehenden amerikanischen Regierung aufzuholen und erst nach Wiederherstellung des militärischen Gleichgewichts zwischen Nato und Warschauer Pakt in Verhandlungen mit Moskau einzutreten.

Dies ist die Sprache, die der Krenl versteht. Die europäischen Nato-Staaten beginnen in diese Linie einzuschwenken. Die Zeit der Illusionen ist vorbei — wenigstens für viele Jahre. ■

ZETBILD erscheint alle zwei Wochen

ZeitBild

Redaktion - Administration - Anzeigenverwaltung
 Jubiläumsstrasse 41, CH-3000 Bern 6
 Tel. 031 43 12 12, Telex 32728 soi ch
 Telegramm Schweizost
 Postcheck ZeitBild 30-24616, Banken: Spar + Leihkasse Bern 153.400.2.03, Deutsche Bank Frankfurt a. M. (BLZ 500 700 10) 78-2409
 Printed in Switzerland ISSN 0044-2100

Verantwortlicher Herausgeber und Verlag

Schweizerisches Ost-Institut AG (SOI)
 Jubiläumsstrasse 41, CH-3000 Bern 6

Redaktion

Peter Sager, Christian Brügger

Administration und Anzeigenverwaltung

Peter Dolder

Abonnementspreise

	Schweiz	Ausland*
	Fr.	SFr./DM
Jahresabonnement	39.—	42.—
Einzelnummer	2.—	2.50
Jahresabonnement für Studenten, Lehrlinge und Schüler	25.—	28.—

* Luftpostzuschläge auf Anfrage

Wissenschaftliche Mitarbeiter SOI

Hanni Tarsis, Prof. Dr. Laszlo Revesz, Dr. Ernest Schmidt, Dr. Max Keller, Ian Tickle, Saulo Herrero, Dr. Chien-jen Chen, Dr. Bohdan Gorski

Korrespondenten

Dr. Michael Stemmer (Tel Aviv), Valerij Tarsis (Bern), Georg Bruderer (Bern)

Redaktionelle Zusammenarbeit

Etudes politiques
 Redaktion Claude Rieser

Anzeigentarif

Gemäss Anzeigenpreisliste Nr. 8

Druck und Versand

Verbandsdruckerei AG Bern
 Maulbeerstrasse 10, 3001 Bern

Schweizerisches Ost-Institut

Forschung und Information über internationale Entwicklungen

SOI-Informationsträger

- Etudes politiques (Monatszeitung)
- SOI-Bilanz (monatl. Kurzanalyse der internationalen Lage)
- Informationsdienst (Uebersicht über die Presse kommunistischer Staaten)
- Wirtschaftsdienst (Wirtschaftsentwicklung Osteuropas)
- Swiss Press Review and News Report (Artikel für die Presse Asien und Afrika)
- Revue de la Presse Suisse - Informations - Commentaires (Artikel für die Presse Afrika)
- Revista de la Prensa Suiza y Noticiario (Artikel für die Presse Lateinamerika)
- Nashrat as-Sahafa as-Swissaria (Artikel für die arabische Presse)
- Mitteilungsblatt für die Freunde des SOI
- Vortragsdienst
- Buchhandlung
- Verlag (Taschenbuchreihe Tatsachen und Meinungen)

Einladung zum Abonnement

Zurückzusenden an Administration ZeitBild, Jubiläumsstrasse 41, 3000 Bern 6.

Ich bestelle ein Jahresabonnement **ZETBILD** zu Fr. 39.- (Ausland sFr./DM 42.-). Erscheinungsweise alle zwei Wochen, Umfang 12 Seiten.

Name Vorname

Strasse PLZ, Ort

Datum Unterschrift

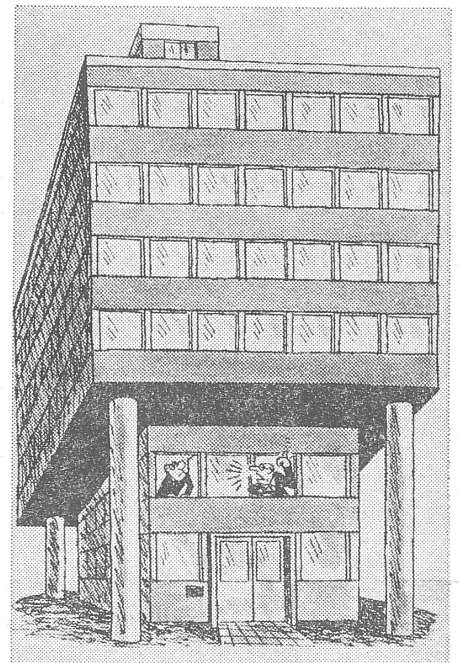
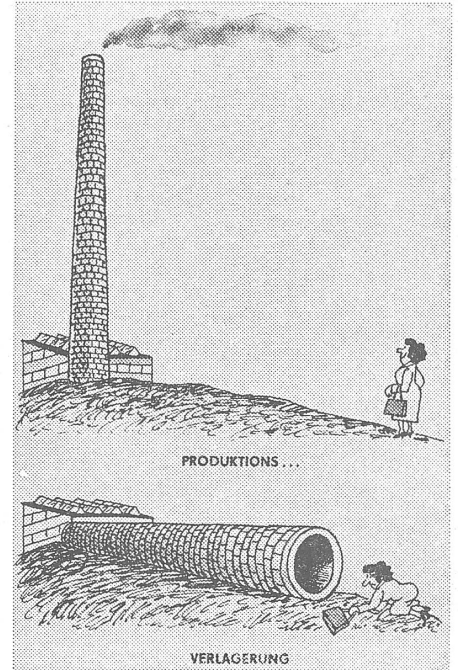


«Was kümmern mich meine Aufbauerfolge von gestern?»

«Eulenspiegel», Ostberlin, Nr. 14 und 15 / 1981



Die Frage an den Versicherungsexperten: «Mein Mann will morgen in seinem Kollektiv Massnahmen ergreifen. Schliessen Sie auch dafür Rückversicherungen ab?» (Die Werkätigen müssen zwar parieren, aber renitent sind sie doch.)



«Was könnten wir mit unserem kostbaren Material anstellen, wenn wir nicht unsere Reparaturabteilung auf dem Hals hätten.» (Gewissermassen ein staatswirtschaftliches Pendant zu unserem Bonmot: «Meister, die Arbeit ist fertig, soll ich sie gleich flicken?»)



Wenn 1981 die Modelle von 1965 produziert werden: «Aber wie wir's produzieren, das ist ganz modern!»